

17. Wahlperiode

---

## **Antrag**

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion

### **Nachhaltige Vergabe des BSR-Geländes an der Holzmarktstraße 19-30**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, beim Verkauf des Grundstücks Holzmarktstraße 19-30 durch die Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) darauf hinzuwirken, dass statt der Anwendung des Höchstpreisverfahrens ein ökologisch, sozial und kulturell nachhaltiges Entwicklungskonzept berücksichtigt wird. Der Senat soll das Grundstück in Landesbesitz übernehmen. Denn es besteht ein hohes öffentliches Interesse, dieses Grundstück als öffentlichen Kultur-, und Erholungsbereich mit Wohnanteil, einer angemessenen, nicht zu hohen baulichen Dichte und einer öffentlichen Zugänglichkeit des nördlichen Spreeufers zu sichern.

Aus stadtentwicklungspolitischer Perspektive ist dies ein zentrales Grundstück. Daher soll geprüft werden, ob die Nutzungsbindung durch das Instrument des Erbbaurechts optimal sichergestellt werden kann. Falls das Grundstück nicht in Erbpacht vergeben wird, soll die vorgesehene Nutzung vertraglich wirksam gesichert werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30.09.2012 zu berichten.

#### ***Begründung:***

Das Gelände an der Holzmarktstraße 19-30 wird derzeit direkt von der BSR zum Kauf angeboten, nachdem das Bieterverfahren über den Liegenschaftsfonds abgebrochen wurde. Die Öffentlichkeit und auch die Politik haben ein großes Interesse daran, welche Nutzungen in Zukunft dort realisiert werden. Es gilt eine Neuausrichtung der öffentlichen Liegenschaftspolitik endlich durchzusetzen, welche vom Abgeordnetenhaus für die landeseigenen Grundstücke des Liegenschaftsfonds bereits am 03. Juni 2010 beschlossen wurde („Grundstücksentwicklung mit Augenmaß: Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik“, Drucksache

16/3164). Da das BSR-Grundstück den Regelungen der Vergabe von Grundstücken des Liegenschaftsfonds nicht unterliegt, kann und soll das Land Berlin eine gemeinwohlorientierte Verwertung nicht betriebsnotwendiger Liegenschaften sicherstellen, indem es das Grundstück zunächst übernimmt.

In dem Beschluss des Abgeordnetenhauses zur Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik heißt es, dass vermehrt Grundstücke nicht nur nach dem Höchstpreisverfahren vergeben werden, sondern es sind auch Kriterien nach sozialen, ökologischen, kulturellen und ökonomischen Aspekten anzuwenden. Dabei wurden folgende Kernziele durch das Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen: Neben der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen und der Sicherung von Standorten für soziale Infrastruktur beinhaltet dies auch die Förderung gemeinschaftlichen, familiengerechten und generationsübergreifenden Wohnens als Beitrag zur Umkehr von Suburbanisierungsprozessen, die Stärkung des Wohnstandorts Innenstadt sowie der Förderung klimaverbessernder Maßnahmen.

Die öffentliche Zugänglichkeit zum Spreeufer, eine geringe Baudichte und die öffentliche Nutzung eines Teils der Fläche werden den Kernzielen gerecht. Auch neuer Wohnraum kann ein wichtiger Beitrag dabei sein. Gerade für das Grenzgebiet der Bezirke Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg wäre eine solche Nutzung ein Gewinn an Wirtschaftskraft, Attraktivität und soziokultureller Infrastruktur.

Damit ist die vom Senat geforderte Gegenleistung für die Stadtgesellschaft gesichert und kann durch die Vergabe mit Erbbaurecht vertraglich festgesetzt werden. Sollte das Grundstück nicht in einem Erbpachtvertrag münden, ist es auch möglich, dem Land Berlin ein Vorkaufsrecht zu sichern. Dadurch kann eine Nutzung im oben beschriebenen Sinne gewährleistet werden.

Dringlichkeit besteht aufgrund der baldigen Entscheidung über die Vergabe des Grundstücks, wie erst kürzlich bekannt wurde. Da auch noch nicht bekannt ist, wann die BSR dazu eine Entscheidung treffen wird, muss das Berliner Abgeordnetenhaus sich schnell dazu verhalten.

Berlin, den 26. September 2012

Pop Schmidberger Esser Kapek  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wolf Lompscher  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion Die Linke

Herberg Höfinghoff  
und die übrigen Mitglieder der  
Piratenfraktion